

AL Info ¹/₁₄

- 3 Stadtrat Richard Wolff im Gespräch mit Dayana Mordasini über seine Lehren aus der Millieugeschichte und seine ersten Monate im Amt.
- 4 Wahlen 2014. AL-Gemeinderätin Andrea Leitner über Freud und Leid einer Budgetdebatte.
- 8 Veloförderung nur mit Stellenvermehrung? Ein Emailaustausch zwischen AL und umverkehr.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Mehr sALz in der Politsuppe!

Nach dem Riesenerfolg mit der Wahl von Richard Wolff in den Stadtrat steigt die AL mit begründeter Zuversicht in die Wahlen vom 9. Februar 2014. Unsere Wahlziele sind klar: die Wiederwahl von Richi Wolff und Sitzgewinne bei den Gemeinderatswahlen in Zürich, Winterthur und Dietikon. Vielleicht winkt sogar ein Stadtratssitz in Dietikon oder Bülach, wo Ernst Joss und Maria Eisele kandidieren!

Unser Wahlstlogan heisst: «AL – das sALz in der politsuppe». Er bringt auf den Punkt, wofür die AL im Zürcher Politikbetrieb steht. Die AL schwimmt nicht kritiklos im linksgrünen Mainstream mit, sondern setzt klar eigene Akzente und nimmt immer wieder eine Schrittmacherrolle ein.

Konkrete Taten statt grosse Worte

Die Alternative Liste gab mit einer Initiative den Anstoss zu mehr Krankenkassen-Prämienverbilligung. Wir waren massgeblich daran beteiligt, dass die Elektrizitätswerke von Stadt und Kanton nicht privatisiert und die Strommarkt-Liberalisierung vorläufig gestoppt wurden. Dank einer AL-Initiative hat Zürich die Pauschalbesteuerung für ausländische Millionäre abgeschafft. Und bei der Pauschalbesteuerung bleiben wir dran: für die AL-Initiative zur schweizweiten Abschaffung haben wir allein über einen Viertel der Unterschriften gesammelt, noch 2014 wird darüber abgestimmt.

Dank dem durch die AL-Fraktion lancierten erfolgreichen Gemeindereferendum gegen die Unternehmenssteuerreform konnten wir unlängst ein Millionen-

Steuergeschenk an Banken und Versicherungen verhindern. Für die Stadt Zürich wurden damit Einnahmeausfälle von 40 Mio Franken abgewendet.

Und mit der eben gestarteten kantonalen Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» nimmt die AL den Kampf für eine Mitfinanzierung von Krippen und Horten durch die Wirtschaft auf.

Wahlen im Zeichen der Erneuerung

Die Wahlen stehen klar im Zeichen der Erneuerung und Verjüngung. Neben vier Bisherigen kandidieren in den Wahlkreisen, wo Zugewinne möglich sind, an der Spitze durchwegs jüngere Frauen: im Wahlkreis 4/5 Ezgi Akyol (Platz 2), im Wahlkreis 6 Rosa Maino (Platz 1), im Wahlkreis 7/8 Corinne Schäfli (Platz 1) und im Wahlkreis 9 Christina Schiller (Platz 1).

Transparente Wahlkampf Finanzen

Bei den Wahlfinanzen legt die AL Wert auf Transparenz. Unser Budget für die Stadt- und Gemeinderatswahlen, inkl. 7000 Franken für die Referendumsabstimmung über den Ausbau der Lagerstrasse, beläuft sich auf 107 000 Franken. Es wird über zahlreiche grosse und kleine Spenden und einen Wahlkampfbeitrag von 20 000 Franken von AL-Stadtrat Wolff finanziert. Bis jetzt ist gut die Hälfte ausfinanziert. Also spendet bitte, liebe Info-Leserinnen und Leser. Nach Abschluss der Kampagne wird die AL wie schon bei früheren Wahlen öffentlich über die Zusammensetzung der eingegangenen Spenden informieren.

Niggi Scherr



GebALt wählen

Wenn du die AL am 9. Februar unterstützen willst, steckst du den Wahlzettel der AL-Liste 7 ins Wahlcouvert und wählst Richard Wolff wieder in den Stadtrat.

Für die Sitzverteilung im Gemeinderat werden alle AL-Stimmen in der ganzen Stadt Zürich zusammengezählt. Auch wenn es in deinem Wahlkreis nicht zu einem Sitz reicht, deine Stimme kommt auf jeden Fall der AL zugute.

Parolen

Abstimmungen vom 9. Februar 2014
Beschlüsse der VV vom 26. November 2013.

BUND

Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) **JA**
Abtreibung ist Privatsache **NEIN**
Gegen Masseneinwanderung **NEIN**

KANTON

Planungs- und Baugesetz **JA**

STADT ZÜRICH

Richard Wolff in den Stadtrat
Gemeinderat **Liste 7**
Erneuerungswahl Bezirksgericht Zürich:
52 vollamtliche Mitglieder:
Liste IPK **Liste 1**
20 teilamtliche Mitglieder:
Liste IPK **Liste A**

Finanzen

Wir sind dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, PC 87-63 811-5
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Termine

Donnerstag, 16. Januar, 19 Uhr

Bar du nord mit AL Züri-Nord im KubAA, Bachmannweg 16, 8046 Zürich. Mit Gemeinderat Andreas Kirstein und Stadtrat Richard Wolff.

Mittwoch, 22. Januar 2014, 17.30 Uhr

Das Ende der Kernstädte – es lebe die Agglo. Cabaret Voltaire, Zürich. Mit Richard Wolff.

Mittwoch, 29. Januar 2014, 19 Uhr

Stiller Has spielt für bissigen Wolff. Härterei Zürich (bei Maag Halle). Eintritt frei.

Dienstag, 25. Februar, 19 Uhr

AL-Vollversammlung.

Weitere Termine auf al-zh.ch/termine oder auf [facebook.com/ALzuerich](https://www.facebook.com/ALzuerich).

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Layout Dayana Mordasini
Redaktion Richi Blättler, Dayana Mordasini, Corinne Schäfli, Niklaus Scherr.

AL wählen – Nein zur Abschottungsinitiative der SVP

Mit der Masseneinwanderungsinitiative trägt die SVP einmal mehr fremdenfeindliche Inhalte in die politische Diskussion. Bei der Ausschaffungsinitiative hat sie es geschafft, Kriminalität als Ausländerphänomen darzustellen. Die Masseneinwanderungsinitiative geht einen entscheidenden Schritt weiter: sie macht die Zuwanderer für «hausgemachte» Defizite aller Art verantwortlich: Teure Wohnungen, Zersiedelung, überfüllte Züge und Strassen, Lohndruck, Probleme im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen.

Attacke auf Grundrechte

Die Gegner der SVP-Initiative, zu denen neben dem Bundesrat die bürgerlichen Parteien, Grüne, SP und Gewerkschaften, Wirtschafts- ebenso wie Bauernverbände zählen, operieren vorwiegend mit wirtschaftlichen Argumenten, da die Vorlage vordergründig auf das Freizügigkeitsabkommen mit der EU zielt. Die Initiative beschränkt jedoch auch den Familiennachzug und schliesst das Asylwesen mit ein. Damit sind auch die Flüchtlingskonvention, die europäische Menschenrechts- und die Kinderrechtskonvention im Fokus der Initiative. Es darf nicht sein, dass in Grundrechtsfragen Schweizer Landesrecht in jedem Fall Vorrang vor Völkerrecht und Menschenrechten bekommt. Was die Einwanderung betrifft, fordert die AL griffigere flankierende Massnahmen gegen Lohndumping und Mietzinstreiberei. Wir bekennen uns aber zu einer weltoffenen Schweiz und

lehnen die Abschottungs-Initiative der SVP entschieden ab.

Problematisches Asylverfahrenszentrum Juch

Anfang 2014 startet das Bundesverfahrenszentrum für Asylbewerber im Juchhof. Wir anerkennen, dass die Stadt und die Asylorganisation Zürich (AOZ) trotz der restriktiven Vorgaben des Bundes (die Flüchtlinge sollen während der Dauer des verkürzten Verfahrens so weit als möglich vom gesellschaftlichen Leben in der Schweiz ausgeschlossen werden) Wege gesucht haben, minimale Standards aufrecht zu erhalten (kein geschlossenes Zentrum, Erweiterung der «Ausgangszeiten»). Unverständlich ist jedoch, dass man die 300 BewohnerInnen nicht auf die verschiedenen Standorte verteilt, über die die AOZ verfügt (Juch, Leutschenbach, Wydäckerring). Das hätte weniger Stress für Flüchtlinge und Betreuungspersonal gebracht. Die 9,3 Stellen für die SIP-Zutrittskontrolleure hätten eingespart werden können, ohne Kasernierung von 300 Menschen an einem Ort wären auch keine Zugangskontrollen erforderlich. Sollte es in den Juch-Baracken zu Konflikten innerhalb des Zentrums oder zwischen den BewohnerInnen und Dritten kommen, fordert die AL die Stadt auf, das Grosszentrum aufzuheben.

Am 9. Februar heisst es: Ja zur AL – Nein zur Abschottungspolitik!

Rosa Maino, AL-Spitzenkandidatin Kreis 6



Das Asylzentrum Juch

«Ich habe Akzente setzen können»



Richi, bist du zufrieden?

Ich bin sehr zufrieden. Der Medien-
druck ist zwar gross – nicht zu-
letzt natürlich wegen der Milieu-
geschichte. Aber das ist Teil meines

Amts, ich stehe in der Öffentlichkeit, ich
vertrete die Stadt.

Sex sells, auch bei der Polizei.

Wir reden von Fehlverhalten im
Promillebereich. Nicht, dass ich das
verharmlosen will, aber die Stadtpolizei
macht grundsätzlich einen sehr guten
Job. Schwierig ist, dass man am Anfang
einer solchen Geschichte nicht genau
weiss, wie gross so eine Sache ist und wie
sie sich weiter entwickelt. Die Frage ist
dann, wie man mit einer solchen Situation
umgeht und welche Lehren man daraus
zieht.

Welche denn?

Man muss sich bewusst werden, dass
das Rotlicht-Milieu bei der Polizei ein
sehr sensibler Bereich ist, in dem die
Menschen gut begleitet und beraten
werden müssen. Es fragt sich auch, wo
wir etwas verbessern können. Und natür-
lich wie ich medial und politisch mit
solchen Geschichten umgehen soll. Lob
bekommt man selten von den Medien,
damit muss man leben. Es ist extrem
wichtig – auch gegenüber dem Korps – zu
betonen, dass es sich wirklich nur um
Einzelfälle handelt. Problematisches
Verhalten von ganz wenigen soll die
Stimmung nicht negativ beeinflussen.
Doch wegen solcher Medienberichte kann
rasch ein ganzer Berufsstand verun-
glimpft werden und das ist nicht richtig.
Die Kommunikation nach Innen ist enorm
wichtig. Ich muss vorne hinstehen und all
jenen mein Vertrauen aussprechen, die
gute Arbeit leisten. Einen kühlen Kopf
bewahren, genau hinschauen, das Korps
verteidigen, ihm den Rücken stärken. Ich
bin die Schnittstelle zwischen Innen und
Aussen, ich trage die politische Verant-
wortung.

Machst du das gerne?

Ich vermittele sehr gerne zwischen
verschiedenen Gruppen. Das entspricht
mir, darin habe ich Erfahrung, darauf

möchte ich auch vermehrt meine Auf-
merksamkeit lenken. Es ist mir wichtig,
die verschiedenen Interessengruppen zu
hören, bevor ich mir eine Meinung bilde
und etwas entscheide. Ich spüre auch im
Gesamtstadtrat, dass alle gemeinsam die
Verantwortung für diese Stadt tragen
wollen. Das stärkt mich in meinem Be-
streben, für verschiedene Bedürfnisse die
optimalen Lösungen zu finden.

Was ist dein Verdienst beim strategischen Plan der Polizei?

Ich habe verschiedentlich Akzente
setzen können. Diversity Management in
allen Abteilungen soll gefördert werden.
Mit unserer neuen Personal-Rekrutie-
rungskampagne wollen wir vor allem
auch Secondos und Secondas, Frauen und
Menschen, die in dieser Stadt leben an-
sprechen. Das Nachtleben als Thema
muss etabliert werden. Die Aktivitäten in
der Stadt verlagern sich immer mehr auch
in die Nacht hinein und es entstehen
vermehrt Nutzungskonflikte im öffentli-
chen Raum. Lärm ist das Thema, das wir
nächstes Jahr speziell betrachten wollen.
Daneben ist die Koexistenz der verschie-
denen Verkehrsmittel Auto-Velo und
Velo-Fussgänger ein wichtiges Anliegen.
Diese strategischen Ziele lege ich als
Schwerpunkte fest und setze mich dafür
ein, dass dafür Personal und Mittel zur
Verfügung gestellt werden. Mir ist eine
bürgernahe Polizei wichtig. Sie soll sicht-
bar sein und den direkten Kontakt zu den
Menschen pflegen.

Wie kannst du das erreichen?

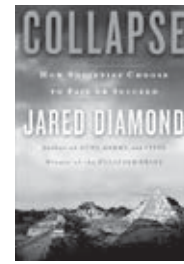
Die Schnittstelle zu anderen Organi-
sationen ist wichtig. Man muss mit den
direkt Betroffenen reden, die verschie-
denen Interessen zum Beispiel an runden
Tischen zusammenführen. Diese wichtige
Arbeit leistet die Polizei schon jetzt, ich
möchte das aber auch mehr bekannt
machen. Die Öffentlichkeit soll wahrneh-
men, dass die Polizei in sensiblen Berei-
chen der Gesellschaft einen institutionali-
sierten Austausch pflegt. Die Grundlagen
dazu sind gut, ich möchte darauf aufbau-
en und diesen Weg weiter beschreiten und
optimieren.

Was hast du konkret in deiner kurzen Zeit als Polizeivorstand umgesetzt?

Die Antwort darauf und mehr Wahl-
kampf auf: richard-wolff.ch

Interview: Dayana Mordasini

AL Buchtipp



Corinne Schäfli
empfiehlt:
Jared Diamond.
**Collapse. How
Societies Choose
to Fail or to Survive.**
Penguin Books.
2006. ISBN-100-
140-27951-2.

Jared Diamond hat die Zusammenbrü-
che untergegangener Zivilisationen auf
der Basis verschiedener Methoden aus
Archäologie, Biologie und Sozialwis-
senschaften analysiert. Er vergleicht
vergangene Kollapse mit heutigen
akuten Gefahren und Problemen und
zeigt, wie daraus Informationen ge-
wonnen werden können, die wir nutzen
sollten. Systematisch untersucht er
umweltbezogene, politische, wirtschaft-
liche und kulturelle Faktoren. Trotz
der Anwendung wissenschaftlicher
Vorgehensweisen ist das Buch leicht
verständlich geschrieben und legt den
politischen Bezug des Autors zu sei-
nem Thema offen. Es gelingt Diamond
ideologisch belastete Themen wie
strukturelle Gewalt, Umweltzerstörung
und wirtschaftliche Ausbeutung nüch-
tern anzugehen. «Collapse» vermittelt
nicht nur politisch verwertbare Infor-
mationen, sondern auch eine zugleich
kritische und versöhnliche Perspektive
auf eine Spezies, die sich selbst und
ihre Umgebung latent überstrapaziert.



Helga Kotthoff, Sh-
presa Jashari, Darja
Klingenberg. **Komik
(in) der Migrations-
gesellschaft.** UVK
Verlagsgesellschaft
GmbH. 2013. ISBN
978-3-86764-369-6

Seit es Migration
gibt, ist sie Anlass zum Scherzen.
Da Komik häufig durch Inkongruenz
entsteht, eignet sich «Fremdheit»
ausnehmend gut dazu. Doch so einfach
das Muster scheint, so schwierig ist oft
seine Deutung, denn nicht selten wird
gleichzeitig Verständnis generiert und
es werden Stereotypen reproduziert.
Mit Hilfe linguistischer und soziologi-
scher Methoden werden im Buch ak-
tuelle Komikproduktionen untersucht.
Der Fokus liegt dabei auf Humor als
Instrument der Positionierung. Es wird
analysiert, wie sich durch ihn ermäch-
tigen, aber auch degradieren lässt und
wie oft gerade durch bissig scheinende
Äusserungen, Inklusion erwirkt wird.
Nicht immer witzig zu lesen, aber
erhellend geschrieben.

Marathon, wohin?

Eine Nachbereitung

Das Budget 2014 ist seit vier Tagen genehmigt. Das ist beruhigend. Auch, dass alle Errungenschaften der modernen Gesellschaft der Sparantragsflutwelle und dem grassierenden Wahlkampffieber Stand halten konnten, ja, auch der Hafenkran, jetzt habe ich's doch gesagt.

Die Budgetdebatte waren gefühlte 100 Stunden mit gefühlten Tausendund-eins Abstimmungs-Klicks (Ja = grün: häufig; Nein = rot: ab und zu; Enthaltung = gelb: gelegentlich). Die Fraktion: meistens einig. Ein-/zweimal ein befreiendes Jamaika (grün-rot-gelb). Unheilige Allianzen: kamen auch vor.

Dann: zeitweise Sauerstoffarmut wie auf einem sehr hohen Berg, ohne Panoramablick und Adrenalinkick. Unangenehme Wärme wie in einem Dschungel-Camp, man wird aber nicht rausgeholt. Die Budgetdebatte ist auch eine physische Herausforderung.

Dafür: Warme und wärmende Solidaritätsgefühle mit all denen, die auch nicht mehr wissen, wie sie sitzen sollen. Andererseits: Nie ist man sich so bewusst wie während dieses Sitzmarathons, dass einige der 125 Rätinnen und Räte gleicher sind als andere, dass es nämlich eine Sitzhierarchie gibt. Die besseren Sitze haben Beinfreiheit, sind «aisle seats». Man kann jederzeit «austreten», ist nicht auf die Gunst der Sitznachbarn angewiesen, und ganz wichtig: Wo auch immer man sich im Saal gerade befindet – mit einem Sprint gefolgt von einem Hechtsprung erreicht der ausgestreckte Zeigefinger des/r privilegiert Sitzenden im richtigen Moment die persönliche Abstimmungsknopf-Konsole. So hat man denn auch gleich das Rückgrat gestretcht, alle Muskeln geflext, etwas für die Gesundheit getan. Gehört man zur unteren Kaste, hat man nur Zugriff zum eigenen Knopf, wenn man brav sitzen bleibt. Das Malheur, nicht rechtzeitig gedrückt zu haben, weil man nicht gerade zur Stelle war, würde einem viel Verachtung von der eigenen Seite einbringen. Und viel Schadenfreude von der anderen.

Auch der Schlaf der Gerechten schläft sich besser auf einem der Vorzugssitze: Neidisch beobachte ich die Kollegin ganz vorne links, die als Hinter-

bänklerin ihre Fontanelle direkt ans Täfer gelehnt ausruhen kann, und sich nicht wie viele von uns einen Laptopdeckel im Nacken gefallen lassen muss. Dann sehe ich ihren Kopf zeitweise gar nicht mehr, weil die ganze Dame friedlich wie ein Sünneli am Abend unter den Tisch gerutscht ist.

In den knapp bemessenen Pausen: Schlange vor dem WC. Ausserhalb der Pausen: Blasenkatheter wären ein Lösungsansatz. Oder diese praktischen Inkontinenzflaschen für Autofahrer. Zu später Stunde: so individuell der Fingerabdruck, so einzigartig das Gähnverhalten innerhalb der Spezies Mensch – eine Beobachtung, die man nur machen kann, wenn die Hand des gähnenden Subjekts den Weg bis zum Mund nicht mehr schafft, und man selber zu müde ist, den Blick abzuwenden.

Noch eine Bemerkung zur Redetaste, die in dieser Budgetdebatte seltener als sonst aktiviert wurde: 436 Anträge (d.h. 436 x 4 Minuten Antragsvotum – mindestens!) sind ein Turn-off für die Debattierlust. Das steht in jedem Ratgeber. Zudem befürchteten wohl viele zu Recht, ihr Votum würde am Geduldsfaden aller anderen rupfen. Nein, nicht alle liessen sich davon abschrecken. Manchmal auch zum Glück, denn gewisse Voten können über Leben und Tod entscheiden. Mit einem beherzten Votum wehrte unser Richi eine SVP-Sparattacke gegen den dringenden Ersatz einer kaputten Falzmaschine ab.

Eigentlich: Von der Redaktion geplant war an dieser Stelle ein leichtfüssiger, charmant-geistreicher, aber scharfzüngiger Schlagabtausch zwischen Andreas (2. Budgetdebatte) und Andrea (1. Budgetdebatte) in Form eines Email-Verkehrs während der Debatte. Rückenverspannungen, Unfähigkeit zum Multitasking und die oben beschriebenen Umstände standen dem Vorhaben im Weg. Andreas und Andrea waren sich am dritten Budgettag einig: Witz und Scharfblick waren ihnen beiden zwischenzeitlich abhanden gekommen, Aufenthaltsort: unbekannt.

Andrea Leitner
AL-Gemeinderätin Kreis 10

Andreas Kirstein (bisher, Kreis 11)



Geboren am 8. Mai 1963, aufgewachsen in Schwyz und Vater eines dreizehnjährigen Sohnes. Wohnt im Kreis 11/Affoltern und sitzt seit 2012 für die AL im Gemeinderat der Stadt Zürich. Arbeitet als stv. Direktor in der

grössten wissenschaftlichen Bibliothek der Schweiz und leitet als Bereichsmanager die Medien- und IT-Services mit mehr als 120 Mitarbeitenden. Engagiert sich neben der AL auch im Vorstand der Allgemeinen Wohn- und Baugenossenschaft Zürich ABZ. *«Gute und kostengünstige Infrastruktur für alle statt Standortförderung für die wirtschaftlichen Interessen einzelner.»*

Andrea Leitner (bisher, Kreis 10)



Geboren am 21. Juli 1964, aufgewachsen in Bremgarten, AG, wohnt seit 1985 in Zürich. Anglistik- und Germanistikstudium an der Uni Zürich. Arbeitet als Sprachlehrerin an einer grossen Berufsschule und als Sprachschulleiterin in deren

Weiterbildungsabteilung. Sitzt seit Juni 2013 für die AL im Gemeinderat der Stadt Zürich. Sie ist Mitglied der Spezialkommission des Sozialdepartements. *«Ich möchte mich für städtische Sozial-, Wohn- und Lebensstrukturen einsetzen, die auf dem Grundsatz der Solidarität aufbauen und diese fördern, ohne dass die Mündigkeit von uns Bewohnerinnen und Bewohnern in Frage gestellt wird.»*

Warum sammeln wir Unterschriften für die Kinderbetreuung?

Die Initiative ist gestartet und hat bisher positive Reaktionen ausgelöst. Doch wieso sammeln wir eigentlich Unterschriften? Weil es ein feines Stück Basisdemokratie ist.

Der Kantonsrat hat die Zeichen der Zeit erkannt und vorgeschrieben, dass die öffentliche Hand genügend Betreuungsplätze für Kinder bereitstellt. Doch die bürgerliche Mehrheit überliess die Kosten den Gemeinden und den Eltern. Das führt zu zwei unguten Entwicklungen:

Die Gemeinden haben ganz unterschiedliche Ansichten, was genügend ist. So sind die Angebote je nach Gemeinde sehr unterschiedlich. Beispiel: Schlieren hat nur für ca. 10 Prozent der Kinder einen Platz, Zürich dagegen für etwa einen Drittel. So ganz anders sind die Bedürfnisse der Familien in Schlieren wohl nicht. Zweitens müssen Gemeinden mit gutem Angebot sparen und reduzieren deshalb den Platz pro Kind und die Qualität der Betreuung.

Indem die Initiative die Arbeitgeber in die Finanzierung miteinbezieht, können beide Probleme angepackt werden. Fortschrittliche – und vor allem grosse –

Firmen tun dies bereits selber.

Die Idee ist also gut für die Wirtschaft, gut für die Gemeinden, gut für die Familien, gut für die Kinder und gut fürs Personal. Zudem hat sich das Modell bereits in drei Kantonen bewährt und passt ohne grossen Aufwand in unsere bestehenden Strukturen.

Für wen ist es denn nicht gut?

Wer die Firmen um jeden Preis entlasten will, der wird eine zusätzliche Abgabe nicht begrüssen. Auch Selbständigerwerbende müssen 20 Franken pro 10000 Einkommen bezahlen, ob sie Kinder haben oder nicht. Diese Belastungen sind aber zu verkraften, denn eine Investition in die Kinder ist für jede Gesellschaft zukunftssträchtig.

Auch stark wertkonservative Menschen sind gegen unsere Initiative. Wer die Mütter zurück an den Herd wünscht, verhindert gerne neue und qualitativ gute Betreuungsangebote.

Erfahrungen beim Sammeln

Der Schreibende konnte vor einem kleinen Abstimmungslokal etwa 70 bis 80 Prozent der Stimmenden überzeugen, die



AL-Spitzenkandidatin Corinne Schäfli bei der Unterschriftensammlung

Initiative zu unterschreiben, nachdem sie die Urnen gefüttert hatten. Einzelne Standaktionen haben ebenfalls bereits stolze Zahlen an Unterschriften erbracht. Das Anliegen ist sympathisch und optimal, um auf ein Schwerpunktthema der AL aufmerksam zu machen. Im Wahlkampf ist es ein super Instrument, um ins Gespräch zu kommen. Und das Beste daran ist, dass wir diese kantonale Abstimmung einmal mehr gewinnen werden, wie schon die Abschaffung der Pauschalsteuern!

Richi Blättler

AL als Schrittmacher der Zürcher Wohnungspolitik

Nicht erst seit jetzt, wo das Wohnproblem in aller Munde ist, kämpft die AL – in und ausserhalb des Parlaments – beharrlich für bezahlbare Wohnungen und gegen eine einseitige «Aufwertungs»-Politik.

Bei Baurechtsverträgen für Genossenschaftswohnungen verlangt die AL-Fraktion seit Jahren, dass die kantonalen Baukostenlimiten eingehalten werden und 4-Zimmer-Wohnungen nicht mehr als 2000 Franken kosten. Wo immer die Stadt mit Aufzonungen oder Landverkäufen genossenschaftliche Ersatzneubauten ermöglicht, bestehen wir darauf, dass ein Teil der Neubauwohnungen subventioniert und gezielt Wenigerverdienenden angeboten wird. Eine 2007 überwiesene AL-Motion leitete die Renaissance der städtischen Wohnbautätigkeit ein, sie wird zurzeit mit

dem Bau der Siedlung Kronenwiese umgesetzt.

Mit dem Referendum gegen die Umzonung des Zollfreilagers verlangte die AL schon 2008, dass mindestens ein Drittel gemeinnützige Wohnungen erstellt werden. Unsere Forderung wurde als utopisch abgetan, die Abstimmung verloren wir klar. 2010 gelang dann zusammen mit SP und Grünen beim Gestaltungsplan für das Sihlpapier-Areal Manegg der Durchbruch. Inzwischen ist unser Postulat Gemeingut geworden und hat Eingang in den Entwurf der neuen BZO gefunden.

Mit Referenden die Wohn-diskussion beleben

Heute schimpfen alle über die unerschwinglichen Luxuswohnungen in der Europaallee. Die AL hat bereits

2006 gehandelt und vorausschauend das Referendum gegen den Gestaltungsplan ergriffen, wurde aber von der SP im Regen stehen gelassen. Dank der AL-Referendumsdrohung gegen den städtischen Landverkauf für die Realisierung des SBB-Projekts «Westlink» beim Bahnhof Altstetten konnte die SBB gezwungen werden, der Stadt 10000m² Bauland zu fairen Konditionen abzutreten. Beim SBB-Gestaltungsplan Zollstrasse fordert die AL als Kompensation für die Luxuswohnungen in der Europaallee den Bau von zusätzlichen gemeinnützigen Wohnungen. Mit unserem Referendum gegen die skandalöse 9-Mio-Entschädigung an die SBB für den Ausbau der Lagerstrasse drangen wir im November 2013 zwar nicht durch, konnten aber die Diskussion über die Abschöpfung von leistungslosen planerischen Mehrwerten neu beleben.

Niggi Scherr

Eine AL-Stadträtin für Bülach



Das Komitee «Alternativen für Bülach» hat Maria Eisele (57) als Kandidatin für den Bülacher Stadtrat portiert. Frauen und linksgrüne

Parteien sollen besser in der Exekutive vertreten sein.

Maria Eisele wohnt mit ihrer Familie seit 20 Jahren in Bülach und gehört seit drei Jahren der AL an. Die Kandidatur wird von der SP Bülach unterstützt. Die Wahlen sind am 30. März 2014.

Maria Eisele will sich im Stadtrat für mehr bezahlbaren Wohnraum, sowie für Kultur, Kommunikation und Begegnung einsetzen: «Nachdem Bülach stark nach aussen gewachsen ist und noch weiter wächst, muss der Blick nach innen geschärft werden. Wer in Bülach lebt, soll sich hier zu Hause fühlen und sich mitbeteiligen können – unabhängig von der Grösse des Portemonnaies.»

Breite Unterstützung

Portiert wird Maria Eisele von Persönlichkeiten, die in Bülach breit vernetzt sind. Präsident des Komitees ist Dieter Liechti-Keller (SP), weitere Mitglieder sind Max Elmiger (Direktor Caritas Zürich, Mitglied der katholischen Kirchenpflege), Barbara Fischer (EVP, Schulpflegerin), Jürg Leimbacher (Rechtsanwalt), Brigitta Loher (SP, Pflegefachfrau, Präsidentin der Bibliothekskommission), Ursula Spring (Grüne, Ärztin) und Johanna Wirth Calvo (Präsidentin Grüne Bülach, Kunsthistorikerin).

Maria Eisele studierte in Basel Germanistik und Italienisch und arbeitete 15 Jahre lang als Redaktorin bei einer Tageszeitung, einer Nachrichtenagentur und beim Schweizer Fernsehen. Seit weiteren 15 Jahren führt sie eine Praxis für Shiatsu in Bülach. Sie engagierte sich in Bülach im Frauenrat, im «Mamerlapap» und im «Guss 81-80» sowie als Mitinitiantin und Moderatorin vieler Polit-Veranstaltungen. Für die AL kandidierte sie auf Spitzenplätzen bei den Kantons- und Nationalratswahlen 2011.

Komitee Maria Eisele in den Stadtrat

Ein AL-Stadtrat in Schaffhausen

Simon Stocker hat Anfang 2013 das Sozial- und Sicherheitsreferat im Schaffhauser Stadtrat angetreten. Ich habe ihn in meiner Heimatstadt besucht und wurde mit Manderlinli und ungebrochenem Optimismus in seinem Büro empfangen.

Kurz nach deinem Amtsantritt konnten wir im AL Info lesen, du sähest deiner Amtszeit gelassen entgegen. Wie fühlst du dich jetzt?

Es hat sich einiges verändert. Im Moment gibt es überall Baustellen. Das ist spannend und ich kann meine Ideen gut einbringen, aber es ist auch aufreibend. Wenn man einen neuen Job beginnt, erkennt man vieles, was noch nicht optimal läuft und was man korrigieren möchte. Wenn ich im Rahmen einer Organisationsentwicklung ein neues Organigramm präsentiere, gefallen die Veränderungen dann auch nicht allen.

In dem Artikel, der kurz nach deiner Wahl erschienen ist, steht etwas über das «Versäumen» des damaligen Stadtrates...

Hab ich das gesagt? Schwer zu beurteilen, aber ich habe eben meine Vorstellungen, wie etwas sein soll. Andere Stadträte haben das weniger und überlassen das den Chefbeamten. Mein Ziel ist es jedoch, meine Bereiche und auch den Stadtrat zu prägen und ich spüre, dass mir das gelingt. Zum Beispiel beim Thema Stadtentwicklung oder die in meinem Referat angesiedelte Quartierentwicklung; das ist mein persönliches Steckenpferd.

Stimmt es, dass du dich für mehr Polizei und Videoüberwachung in der Stadt eingesetzt hast?

Nein. Letzten Februar wurden in der Altstadt an mehreren Wochenenden Leute überfallen. Ich fand, dass wir zwar quantitativ genug Polizei haben, diese aber zu wenig sichtbar sei. Darauf haben wir die sichtbare Präsenz erhöht, was zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl geführt hat. Videoüberwachung hingegen halte ich diesbezüglich nicht für wirksam. Man versucht mir bei diesen Themen immer wieder eine Falle zu stellen, weil ich das früher abgelehnt habe, aber das Stimmvolk hat sich dafür entschieden. Diesen Volksentscheid akzeptiere ich selbstverständlich. Meine kritische Grundhaltung behalte ich jedoch.



Der Wolff hat es bei uns nicht immer leicht. Manche fragen sich, ob wir überhaupt in der Exekutive vertreten sein wollen...

Bei mir ist der Wechsel nicht so

einschneidend. Ich habe schon früher öfters mal ein Hemd und einen «Tscho-pen» getragen. Und ich war auch schon früher öfters mal die «Spassbremse». Ich meine damit, dass ich auch vorher eher ein Realist war. In der Partei haben sie eine gute Distanz zu mir. Sie interessieren sich eigentlich nicht wirklich für das, was ich mache und arbeiten wie zuvor schon aus Prinzip in Abgrenzung zum Stadtrat. Sie politisieren, als ob ich nie in den Stadtrat gewählt worden wäre. Das regt mich manchmal auf, wenn ich mich für etwas einsetze und dann weiterhin über den bösen Stadtrat geschimpft wird, als ob das niemand wahrnimmt. Aber wirklich Streit gibt es eigentlich nicht. Dazu sind wir zu gut befreundet. Wir sind halt Freunde, die zusammen Politik machen und nicht umgekehrt. Obwohl es natürlich schon speziell ist, dass die Politik für mich jetzt zum Beruf geworden ist, während sie für die meisten anderen Hobby ist. Meine Anstellung beträgt zwar theoretisch 70%, aber mit allen Sitzungen am Abend werden daraus locker 100%. Da hat kein anderer Job mehr Platz.

Bei Amtsantritt hast du dich als Optimisten bezeichnet. Gilt das noch?

Ja. Ich glaube, das ist eine Charakterfrage. Aber es gab auch viele schwierige Momente. Zum Beispiel gibt es immer wieder die Situation, in der ich mit Leuten verhandle und mich entscheiden muss, ob ich den Konflikt meiden oder mich durchsetzen will. Die Mitarbeitenden haben natürlich einen immensen Erfahrungs- und Wissensvorsprung. Bei Amtsantritt bin ich deshalb sehr sachte an Gespräche und Themen herangegangen. Ich habe ca. 10 Monate gebraucht, um mich einzuarbeiten, die Beziehungen aufzubauen und mir Respekt zu verschaffen. Aber jetzt gelingt es mir je länger, je mehr meine Ideen durchzusetzen und andere dafür zu motivieren.

Interview: Corinne Schäfli

Koalition der sozialen Kälte und Selbstblockade



Wie die vergangenen Jahre wird auch die diesjährige Budgetdebatte spannungslos über die Bühne gehen. Die bürgerliche Mehrheit will à tout prix sparen (sparer pour l'art) und das von

Finanzdirektorin Ursula Gut budgetierte Defizit von 175 Millionen Franken auf Null bringen.

Gespart werden kann auf unterschiedliche Weise: die Palette reicht von heilsam und angebracht, über dumm und debil bis zu zerstörerisch und zynisch. Zu den debilen Sparanträgen gehört die Nichtbewilligung von fünf neuen SteuerkommissärInnen. Diese fünf hätten, so AL-Kantonsrat Markus Bischoff, dem Kanton zusätzliche Einnahmen beschert. Mit den eingesparten 750'000 Franken gehen dem Kanton Quellensteuereinnahmen von rund zehn Millionen Franken verlustig.

SVP und FDP glänzten während der Debatte mit besonders menschenverachtenden Sparanträgen. Leider waren sie damit erfolgreich, weil die Koalition der sozialen Kälte (SVP, FDP und GLP) spielte. Die FDP beantragte, beim Sozialamt fünf Millionen Franken für neue Heimplätze für Behinderte zu streichen. Das bedeutet, dass statt der 170 geplanten und dringend benötigten Heimplätze nur deren 120 erstellt werden können. Familienangehörige und Spitex könnten sich um die Behinderten kümmern, begründete die FDP ihren Antrag. Die SVP stand der FDP in nichts nach. So beantragte sie beim Posten «Prävention und Gesundheitsförderung» eine Streichung von 300'000 Franken. Für AL-Kantonsrat Kaspar Bütikofer hat diese Kürzung verheerende Folgen: «Die Auswirkungen dieser Sparübung bekommen Personen zu spüren, die am Rande unserer Gesellschaft stehen und von Krankheiten und suchbedingten Beeinträchtigungen betroffen sind», hält Bütikofer fest. Die Kürzung hat direkte Auswirkungen auf das Ambulatorium an der Kanonengasse in Zürich und die Drogenabgabestellen. Diesen droht eine Schliessung.

Am Schluss der Budgetdebatte hatte der Kanton einen Ertragsüberschuss von 57 Millionen. Die Fraktion der Grünen, AL und CSP lehnte dieses Budget folgerichtig zusammen mit der SP ab.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin



Mit der Aussicht auf eine düstere Finanzlage hat es der Gemeinderat grandios geschafft, sich in der Budgetdebatte selbst zu blockieren.

Die zugegebenermassen wenig prickelnde Aussicht, vier Tage und eine Nacht im Ratssaal zu verbringen um eine Flut von 440 Anträgen durchzuackern, liess bereits am ersten Debattentag fast jegliche Diskussion ausbleiben. Das Kaninchen schaut erstarrt der tickenden Uhr ins Auge, der Schlange, die es selbst erschuf, die Zunge nur leicht lockerer nach dem Gläschen zum Nachtrinken.

ZAS ohne Diskussion

Zumindest wird man Alkohol in Zürich vielleicht auch wieder trinken dürfen, ohne den Rausch unter polizeilicher Aufsicht zwangsauszuschlafen: Diskussionslos wurde der Kürzungsantrag zur Zentralen Ausnüchterungsstelle ZAS gutgeheissen. Man rieb sich die Augen, nicht nur der späten Stunde wegen, hatte man doch jahrelang aus grundrechtlich-liberaler Position gegen diesen paternalistischen Freiheitsentzug gekämpft – und da kommt die Aussicht auf magere Jahre und wendet das Blatt ohne dass ein politisches Wortgefecht geliefert wird. Ohne? Nicht ganz ohne. Erfreulicherweise kein Erfolg, doch immerhin ein mitternächtliches juristisches Geplänkel, wurde der Forderung der FDP zuteil, es sei eine Rechtsgrundlage für kostendeckende Gebühren für ZAS-Aufenthalte zu schaffen.



Kader ohne Lohnopfer

Eine neue gesetzliche Grundlage schaffen wollten wir für die Einführung eines Kaderlohnopfers. Bis sich die düsteren Finanzwolken

wieder verzogen haben werden, sollte ein Lohnverzicht von 1% auf Gehältern von über 110'000, resp. 2% bei den absoluten Top-Shots eingeführt werden. Dass der Stadtrat als direkt Betroffener nur ungern eine gesetzliche Grundlage dafür schaffen würde, kann man noch halbwegs erklären. Dass die Bürgerlichen gegen dieses Postulat schossen und lieber bei der Aus- und Weiterbildung des Personals kürzen, überrascht keineswegs – wenn bloss bei denen nicht gespart wird, denen es gut geht. Und was war mit für alle statt für wenige? Heisse Luft, denn auch die Linke unterstützte einen Lohnverzicht bei den Gutverdienern nicht. Zumindest aber löste das Postulat eine der ganz wenigen kleinen Debatten aus.

Alecs Recher, AL-Gemeinderat

AL-InhALte mit Biss:

9. November: AL-Medienkonferenz zur Lagerstrasse

10. November: Stadtrat Richard Wolff spricht sich fürs «Diversity Management» aus.

19. November: AL-Stimmrechtsrekurs gegen Sanierungskredit VBZ-Depot.

20. November: Fraktionserklärung zur Ausgliederung EWZ durch die Hintertür

21. November: Initiative Kinderbetreuung gestartet.

24. November: AL-Referendum Lagerstrasse scheitert mit 38% Nein.

2. Dezember: AL-Frau Maria Eisele kandidiert für Stadtrat in Bülach.

5. Dezember: Ständerat sagt Nein zur AL-Pauschalsteuer-Initiative; Volksabstimmung schon Ende 2014.

6. Dezember: AL-Medienmitteilung: Stiller Has spielt für Richard Wolff. 29. Januar 2014, 19 Uhr, Härtereier.

11. Dezember: AL-Fraktionserklärung zum Budget 2014: Korrekturmassnahmen nicht auf morgen verschieben.

17. Dezember: AL-Medienkonferenz zum Fraktionsrückblick und den Wahlen.

Mit Vollgas zurück in die Vergangenheit?



In einer Zeit, bei der sich fast alles um Wahlkampf, Unterschriftensammeln und Standaktionen dreht, droht die

ideologische Auseinandersetzung um die Masseneinwanderungsinitiative der SVP unterzugehen. Selbstverständlich werden wir alle ein Nein in die Urne legen, aber eine grosse Betroffenheit ist in meinem Umfeld nicht wahrzunehmen. In den Zeitungen geht der ganze Abstimmungskampf beider Seiten um Kontingente, Zahlen und um die Angst um den Verlust der bilateralen Verträge. Die SVP lanciert regelmäßige Initiativen, die grenzwertig sind. Die etablierte Politik reagiert regelmässig defensiv, wir reagieren moralisch. Man hofft, dass die Angst vor dem Rückschlag in der Europapolitik die Mehrheit zu einem Nein gegen die SVP-Initiative bewegt. Eine Politik die langfristig zum Scheitern verurteilt sein wird. Das Ergebnis der Minarett-Initiative scheint längst vergessen oder verdrängt zu sein. Es stellt sich die Frage: wo bleibt der Mensch? Ich zitiere an dieser Stelle Max Frisch und seine Antwort auf die «Gastarbeiter»: «Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen». Rund 50 Jahre später werden die AusländerInnen in der Schweiz mehrheitlich wieder auf die Ware Arbeitskraft reduziert, die flexibel geholt und abgeschoben werden kann. Wir sind moralisch entrüstet, gleichzeitig gelingt es uns aber nicht, die BefürworterInnen mit unseren Argumenten zu erreichen. Wir leben irgendwie in unterschiedlichen Welten und tauschen uns fast nicht mehr aus. Hand aufs Herz, wer kann von sich behaupten, dass er oder sie in den letzten Wochen in seinem Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz ernsthaft über diese Initiative diskutiert hat? Und wer fühlt sich ernsthaft betroffen von der Selbstverständlichkeit, mit welcher eine gewichtige Minderheit unserer Bevölkerung auf die Ware Arbeitskraft reduziert wird?

Christina Schiller
AL-Spitzenkandidatin Kreis 9

Veloförderung nur mit Stellenvermehrung?

Bei der Budgetdebatte hat der Gemeinderat, mit den Stimmen der AL, zwei neue Stellen beim Tiefbauamt gestrichen. Im Vorfeld behauptete TA online polemisch «Jetzt wollen sogar die Alternativen beim Velo sparen» und am 10. Dezember schrieb uns Philippe Koch von «umverkehrR» ein besorgtes E-Mail:

«Liebe AL-Fraktion

Die Umsetzung der Städte-Initiative hat für umverkehrR einen sehr hohen Stellenwert. Mit dem Programm Stadtverkehr 2025 und dem Masterplan Velo bekennst sich die Stadtregierung zu den Zielen und weist in die richtige Richtung. Die Umsetzung im Sinne der InitiantInnen und UnterstützerInnen der Initiative ist aber weiterhin offen.

Im Budget 2014 sind im TED zwei Stellen für den Stadtverkehr 2025 vorgesehen, die zur schnelleren Umsetzung der Städte-Initiative wesentlich beitragen können. Die Planung im Tiefbauamt ist immer noch stark auf das Auto ausgerichtet. Zwei zusätzliche PlanerInnen-Stellen (und nicht PR-Stellen) können dieser dominanten Sichtweise entgegen treten und die Anliegen der Städte-Initiative früher und substantieller in den Planungsprozess einbringen.

Mir sind die Gründe, wieso sich die AL gegen diese Stellen bzw. für eine Stellenübertragung (mit offenem Ausgang) ausspricht, nicht bekannt. Als Unterstützerin der Städte-Initiative würde die AL, wenn sie die Schaffung der Stellen mitträgt, sicher ein positives Signal zur Umsetzung der Initiative senden.

Mit besten Grüssen
Philippe»

RPK-Mitglied Walter Angst antwortete gleichentags:

«Lieber Philippe

Ich kann dir versichern, dass wir Stadtverkehr 2025 nicht in Frage stellen. Es steht im Antrag, dass die Stellen ohne Ausbau des Lohnbudgets zu schaffen sind und Stadtverkehr 2025 ist ja eine beschlossene Sache, die vom Gemeinderat gerade eben ohne Kürzung beschlos-

sen worden ist. Sinn des Antrags ist, was «umverkehrR» fordert: weniger Strassenbau – mehr Platz für Velofahrer und Fussgänger. Zur Erläuterung: das Tiefbauamt hat 286,3 Stellen, darunter 67,3 ProjektleiterInnen, dazu 10 LeiterInnen der verschiedenen Teams, 7 Gebietsmanager Strassen, 5,5 GestalterInnen öffentlicher Raum und und und – und sie haben nicht alle Stellen besetzt.

Die Anstellung von zwei Projektleitern mit Fokus Velo ist ungefährdet, wenn der Gemeinderat unserem Antrag zustimmt. Wer anderes behauptet, sagt nicht die Wahrheit. Technisch ist einzig notwendig, dass Ruth Genner festhält, welche Stellen aus dem ganzen Stellenplan des TAZ gestrichen werden. Dem Stadtrat muss dafür nicht einmal ein Antrag auf Stellenübertragung gestellt werden – das dürfen die Departemente in eigener Regie tun.

Ich hoffe, dass dich diese Informationen beruhigen.

Gruss Wädi Angst

P.S. zur Präzisierung: Der AL-Antrag, 70'500 Franken im Lohnbudget des TAZ (total: 32,2 Mio) zu kürzen, lautet «Umsetzung des Projekts durch Stellenübertragung»

